

Beschlüsse zur Bildungspolitik des 62. Landesparteitages am 15. Oktober 2011 in Stuttgart

- vorläufige Zusammenfassung -

I. Themenkomplex: Frühkindliche Bildung

- Kinder sind Zukunft, Kinder sind das Beste, was wir haben. Es ist im existenziellen Interesse unserer Gesellschaft, dass Kinder und Familien gefördert, unterstützt und begleitet werden.
- Die CDU Baden-Württemberg lässt sich für die Bewältigung dieser gesellschaftlichen Aufgabe vom christlichen Menschenbild und dem Grundsatz der Subsidiarität leiten. Für den Bereich der frühkindlichen Bildung bedeutet dies nach unserem Verständnis, dass zuvorderst die Eltern in der Verantwortung für Erziehung und Bildung ihrer Kinder stehen. Dieses in der Verfassung verankerte Recht ist zugleich auch Pflicht, die es wahrzunehmen gilt.
- Daneben ergibt sich für unsere plurale und auf ein möglichst hohes Bildungsniveau jedes Einzelnen angewiesene Gesellschaft die Aufgabe, Kindern unterschiedlichsten Herkommens gleichermaßen gute Startchancen für ihre Bildungskarrieren zu ermöglichen. In Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip führt das Elternrecht zur Verpflichtung auch des Staates, positive Lebensbedingungen für ein gesundes Aufwachsen der Kinder zu

schaffen. Für die CDU ist diese Verpflichtung des Staates nicht zuletzt ein Gebot der Menschlichkeit.

- Vor diesem Hintergrund spricht sich die CDU Baden-Württemberg erneut für die Einführung eines verpflichtenden und beitragsfreien dritten Kindergartenjahres aus. Die Kommunen können die finanziellen Belastungen nicht alleine schultern. Die grün-rote Landesregierung ist deshalb aufgefordert, die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Aufteilung der Kostentragung unverzüglich zum Abschluss zu bringen.
- Der Pflichtbesuch des Kindergartens muss nicht im Rahmen eines Ganztagesangebots erfolgen. Die Erziehung und Pflege sollte zunächst in der Familie stattfinden. Die CDU steht für die Wahlfreiheit der Eltern und Respektierung der unterschiedlichen Bedürfnisse und Wünsche der Schüler und ihrer Familien. Wo dies jedoch in der Kommune aufgrund örtlicher Notwendigkeiten erforderlich und gewünscht ist, kann der Pflichtkindergartenbesuch auch im Rahmen einer verpflichtenden Ganztagesbetreuung erfüllt werden. Damit beides gewährleistet ist, ist ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot von Betreuungseinrichtungen sicher zu stellen.
- Weitergeführt werden müssen zudem Überlegungen, wie Eltern in die institutionelle frühkindliche Bildung und Betreuung einzubinden sind. Die CDU Baden-Württemberg hält den Weg, Kindergärten zu Familienzentren auszubauen, für sinnvoll und erwartet deshalb von der grün-rote Landesregierung, dass sie den im Landtag einstimmig gefassten Beschluss des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden ohne weitere Verzögerung umsetzt.
- Frühkindliche Bildung benötigt standardisierte Vorgaben. Der von der CDU-geführten Landesregierung eingeführte Orientierungsplan gibt den Rahmen für die Vermittlung grundlegender Bildungsinhalte im Kindergarten vor. Die grün-rote Landesregierung ist nun in der Pflicht, die landesweite Einführung zügig zum Abschluss zu bringen.
- Die stetig wachsenden qualitativen und quantitativen Anforderungen an die pädagogische Arbeit im Kindergarten erfordern weitere Verbesserungen beim Fachkraftschlüssel und

hinsichtlich der Qualifikation der Fachkräfte. Dies kann u. a. über ein Aufbaustudium der Leitungskräfte an einer Pädagogischen Hochschule erfolgen. Die rechtlichen und formalen Voraussetzungen dafür hatte die CDU-geführte Landesregierung bereits geschaffen. Daneben ist eine weitere Reduzierung der Gruppengrößen, insbesondere in sozialen Brennpunkten, ausgesprochen wünschenswert. Die neue grün-rote Regierung muss nun nicht mehr nur Lippenbekenntnisse abgeben, sondern dafür Sorge tragen, dass von dieser Möglichkeit der beruflichen Qualifizierung und des beruflichen Aufstiegs intensiv Gebrauch gemacht wird und die Standards weiter verbessert werden.

- Wesentliche Aufgabe des Kindergartens ist die individuelle Förderung. Talente müssen früh erkannt, Defizite früh ausgeglichen werden. Wichtigstes Element ist dabei die Sprachförderung. Eine stärkere Förderung frühkindlicher Bildung, insbesondere beim Erwerb der deutschen Sprache, ist zwingend erforderlich. Deshalb gilt es, das Programm „Singen-Bewegen-Sprechen“ fortzusetzen und auszubauen sowie gezielte bedarfsorientierte Sprachförderung über das Programm „Sag mal was“ flächendeckend einzusetzen. Ideologisch begründete und nur mühsam verbrämte Einsparvorhaben der grün-roten Landesregierung sind ein Skandal und können nicht hingenommen werden.
- 200 Bildungshäuser bestehen bereits im Land. Hier kooperieren Kindergarten und Schule partnerschaftlich und auf Augenhöhe. Die bestehenden Einrichtungen gilt es zu sichern und weitere Bildungshäuser flächendeckend auszubauen. Dies bedeutet eine Standortsicherung für den Ländlichen Raum. Besonders die Attraktivität einer Wohngemeinde für junge Familien steigt mit diesem Angebot erheblich an. Wir erwarten deshalb von der grün-roten Landesregierung, dass sie die hierfür erforderlichen Mittel in die Mittelfristige Finanzplanung ab 2012 einstellt.
- Die gesellschaftliche Anerkennung des Erzieherberufs spielt ebenso wie die des Lehrerberufs eine sehr große Rolle bei der zukunftsfähigen Ausgestaltung der Kinderbetreuungs- und bildungseinrichtungen. Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer sind ein wichtiger und wesentlich prägender Bestandteil des Bildungssystems. Hier brauchen wir die Besten, die hohe Qualität gewährleisten. Darüber hinaus müssen die Anstrengungen intensiviert werden, um auch mehr Männern für den Erzieherberuf ebenso wie für den Beruf des Grundschullehrers zu gewinnen. Hinzu

kommen müssen allerdings auch die gesellschaftliche Wertschätzung sowie ein stimmigeres Gehaltsgefüge.

II. Themenkomplex: Bildungswege in Baden-Württemberg

- Wir sprechen uns für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung aus. Nach dem Übergang auf die weiterführenden Schulen muss die Durchlässigkeit zu anderen Schularten weiterentwickelt werden.
- Wir setzen uns auch in Zukunft für die Beibehaltung des differenzierten Bildungssystems ein.
- Gerade für Baden-Württemberg ist ein eigenständiger Bildungsgang Hauptschule neben den eigenständigen Bildungsgängen Realschule und Gymnasium notwendig, damit die Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen Begabungspotentialen bestmöglich gefördert werden können. Gleichzeitig setzen wir uns für die hohe Qualität der bestehenden Abschlüsse ein.
- Es ist eine qualitätsvolle Weiterentwicklung der Werkrealschule anzustreben, damit die Schülerinnen und Schüler noch besser auf die Berufswelt und auf den mittleren Bildungsabschluss vorbereitet werden.
- Die CDU Baden-Württemberg stellt die Hauptschul- bzw. Werkrealschulstandorte in Kommunen nicht in Frage, wo diese Schulart alleine angeboten wird.
- Für die CDU Baden-Württemberg ist vorstellbar, dass aufgrund der demografischen Entwicklung zukünftig Hauptschulen bzw. Werkrealschulen mit Realschulen zu organisatorischen Schulverbänden zusammengelegt werden können und dabei die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen weiter entwickelt wird.

- Die CDU Baden-Württemberg befürwortet für ihr Bundesland neue Begriffe für Schularten wie z. B. „Oberschule“ oder „Mittelschule“ nicht. Die Frage nach den Begrifflichkeiten ist in der Bildungspolitik zweitrangig, es kommt auf die Qualität der Bildung an.
- Wir streben derzeit keine weitere Reduzierung des Lernstoffs der Bildungspläne des Gymnasiums an.
- Eine weitere Zusammenführung der rund 350 Ausbildungsberufe ist zielführend, damit die Einrichtung überregionaler Fachklassen überflüssig werden könnte und zugleich junge Auszubildende durch geringere Fahrtwege und geringere persönliche Belastungen bessere Rahmenbedingungen bei der Ausbildung im gewünschten Berufsbild vorfinden könnten.
- Wir fordern die weitere stufenweise Absenkung des Klassenteilers auf 28 für alle Schularten.
- Wir fordern die Gleichbehandlung aller Schularten, vor allem im Bereich der Ressourcenausstattung.
- Zusätzlich ist die Unterstützung der Lehrkräfte durch Schulpsychologen, Jugendsozialarbeitern an Schulen und Verwaltungskräften notwendig.
- Wir sprechen uns für eine verpflichtende Fortbildung für Lehrkräfte aus.
- Wir sprechen uns für die Beibehaltung der sogenannten Kopfnoten aus.
- Wir fordern die Einführung des Ethikunterrichts ab Klasse 5 als ordentliches Ersatzfach.
- Wir fordern die Aufwertung des „lebensbegleitenden Lernens“ vor allem für ältere Menschen.
- Die Initiativen der über 100 privaten und kirchlichen Hochschulen, das staatliche Hochschulsystem zu bereichern und zu ergänzen, werden anerkannt. Wir setzen uns deshalb für faire Rahmenbedingungen für private Hochschulen ein, besonders für

bundesweit vergleichbare Zulassungsregelungen und ein rechtsstaatlich einwandfreies Akkreditierungssystem.

III. Themenkomplex: Zukunft des Bildungsföderalismus

- Die CDU Baden-Württemberg steht nach wie vor zum Bildungsföderalismus. Um den gestiegenen Mobilitätsanforderungen gerecht zu werden, sprechen wir uns für die Schaffung vergleichbarer Bildungsstandards aus. Dabei ist für die CDU Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung, dass diese nicht zur Absenkung des Bildungsniveaus in Baden-Württemberg führen.
- Als konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität fordern wir die Kultusministerkonferenz auf, vergleichbare Standards bei der allgemeinen Hochschulreife zu schaffen. Als zusätzliche, kurzfristige Verbesserungsmaßnahme fordern wir die Schulen, unter Anleitung des Kultusministeriums, zur besseren Information der Eltern bei einem länderübergreifenden Schulwechsel auf.
- Selbst im Falle einer Abweichung vom derzeitigen Kooperationsverbot spricht sich die CDU Baden-Württemberg gegen die Möglichkeit aus, dass der Bund Bildungsinhalte im Rahmen von Bundesprogrammen vorgibt. Dies gilt insbesondere für die Einführung von Magnetschulen. Die Folgekosten von Bundesprogrammen müssen vollständig vom Bund getragen werden.
- Die Landtagsfraktion sowie die Landesgruppe im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, auf eine bessere Bildungsfinanzierung seitens des Bundes hinzuwirken, beispielsweise durch die Erhöhung des Umsatzsteuerausgleichs.
- Auf der Bundesebene lehnt die CDU Baden-Württemberg die Einführung eines Bildungsrates neben der Kultusministerkonferenz ab.
- Die CDU Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, allen Bachelor-Absolventen den Zugang zu einem Master-Studium zu ermöglichen.

IV. Themenkomplex: Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung

- Die CDU Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, das Betreuungsangebot an Schulen und Kindertagesstätten sowohl qualitativ als auch quantitativ an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern auszurichten. Deshalb muss es ein möglichst breit gefächertes, am Bedarf orientiertes Ganztagesbetreuungsangebot in offener, teilgebundener und gebundener Form geben. Die Eltern haben die Freiheit, unter diesen Angeboten auszuwählen. Dabei ist es wünschenswert, die Betreuungsangebote so zu gestalten, dass auch möglichst viele Eltern von Kindern mit Bildungs- und/oder Erziehungsdefiziten diese Angebote annehmen.
- Die CDU Baden-Württemberg hält es nach wie vor für richtig und wichtig, dass Kirchen, Verbände und Vereinigungen des Ehrenamts und der Wirtschaft – entsprechend ihrem jeweiligen Aufgabenschwerpunkt – in staatliche Ganztagsbetreuungsangebote einbezogen werden. Die CDU Baden-Württemberg ist der Meinung, dass diese Kooperationen vor Ort an Runden Tischen abgestimmt, einvernehmlich vereinbart und verbindlich durchgeführt werden sollen. Dabei sind lediglich übergeordnete Themen – z. B. Rahmen oder Mindestbedingungen – auf der Landesebene unter Beteiligung aller betroffenen Verbände und Institutionen abzustimmen. Unterricht im Rahmen der verbindlichen Stundentafel wird ausschließlich von Lehrerinnen und Lehrern gegeben.